

## **Beschluss des Landrats vom 11.04.2024**

Nr. 517

### **25. Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel** 2024/95; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Stefan Meyer** (SVP) attestiert der Palliative Care eine grosse Bedeutung im Gesundheitswesen, die stetig zunehme. Er ist sich bewusst, dass sich die Palliative Care aber stiefmütterlich behandelt vorkommt. Über die im Postulat zitierte Definition («Vorbeugen und Lindern von Leiden, Erkennen, Einschätzen und Behandeln von Schmerzen sowie anderen Beschwerden körperlicher, psychosozialer und spiritueller Art») ist er etwas gestolpert. Dass es sich um die Betreuung und Behandlung von Menschen geht, die an unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten leiden, fehlt in dieser Definition.

Die SVP-Fraktion lehnt eine Überweisung aus drei Gründen ab. Inhaltlich wird damit argumentiert, dass andere Universitäten über Lehrstühle für Palliative Care verfügen. Dies ist zwar korrekt, es ist aber auch nichts dagegen einzuwenden, wenn im Bereich der Forschung eine gewisse Spezialisierung erreicht wird. Dass Palliative Care ein Teil der medizinischen Ausbildung ist, wichtig und unbestritten, hierfür braucht es aber nicht zwangsläufig einen eigenen Lehrstuhl, sondern ist machbar über Lehraufträge. Mit Blick auf die Strategie der medizinischen und der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität sieht man, dass in der aktuellen und der bevorstehenden Leistungsperiode insgesamt 16 neue Professuren vorgesehen sind, was Stefan Meyer zum zweiten, ordnungspolitischen Grund führt. In Abständen von vier Jahren verabschiedet der Landrat Leistungsaufträge an die Universität. In diesem Zusammenhang beschäftigt man sich einerseits mit quantitativen Indikatoren und qualitativen Leistungszielen andererseits. Dass aber die Schaffung von Lehrstühlen und deren inhaltliche Ausrichtung im Parlament diskutiert wird, ist ein riesiger Niveauunterschied. Bei der Universität Basel handelt es sich um eine autonome Institution, die der Kanton Basel-Landschaft mit sehr viel Geld unterstützt. Es liegt in der Verantwortung der Universität und der Fakultäten, dieses Geld so einzusetzen, dass daraus der grösstmögliche Nutzen für Forschung und Lehre entsteht.

Der dritte Grund betrifft die finanzpolitische Dimension. Im Postulat wird explizit eine substantielle Beteiligung an diesem Lehrstuhl gefordert. Das ist in der jetzigen Zeit, in der man sich nicht einmal mehr die aktuelle Beteiligung leisten kann, nicht angebracht. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, es brauche zuerst eine Grundsatzdiskussion über die Finanzierung der Universität, bevor mit neuen Begehrlichkeiten aufgewartet wird.

**Simone Abt** (SP) dankt für den Hinweis zur Definition von Palliative Care. Diese befasst sich tatsächlich mit Menschen in aussichtslosen medizinischen Situationen. Sie befasst sich deshalb mit Lebensqualität und was es davon noch zu wahren gibt.

Ein Vorstoss mit derselben Zielsetzung wurde im ebenfalls im Grossen Rat Basel-Stadt eingereicht. Es handelt sich um ein Postulat. Das bedeutet, dass die Situation geprüft und analysiert und eine Auslegeordnung vorgenommen wird. Dazu gehört natürlich auch ein Preisschild. Für die Universität Basel ist es wertvoll, wenn die Ausbildung vor Ort durchgeführt werden kann und nicht auf Kooperationen gesetzt werden muss, in deren Rahmen das Wissen von Leuten von ausserhalb vermittelt wird. Dies wertet die Palliative Care auf und das ist dringend nötig. Sie und ihre Möglichkeiten sind zu wenig bekannt. Es ist durchaus vorstellbar, dass es für Studierende interessanter würde, sich in diesem Bereich umzusehen, wenn ein entsprechender Lehrstuhl vorhanden wäre.

Ein Lehrstuhl hätte auch eine gewisse Öffentlichkeitswirkung, was ebenfalls dazu führen würde, dass die Palliative Care aus ihrem Schattendasein treten kann.

Bei richtiger Anwendung wirkt sich Palliative Care alles andere als kostensteigernd auf unser Gesundheitssystem aus. Dieser Aspekt darf nicht ausser Acht gelassen werden. Jeder in Palliative Care investierte Franken ist gut investiert.

Das wichtigste ist die Lebensqualität. Palliative Care stellt diese bei unheilbar kranken Menschen in den Vordergrund. Das Wissen darüber sollte auf sämtlichen Ebenen der Gesundheitsversorgung vorhanden sein – von der leitenden Ärztin im Spital bis zum Pflegeassistenten im Heim. Das Plenum wird gebeten, dem Postulat eine Chance zu geben. Vorderhand geschieht nichts, was kostenrelevant ist.

**Sven Inäbnit** (FDP) informiert, die FDP-Fraktion sei gespalten. Einerseits ist man der Ansicht, dass Palliative Care aufgrund der demographischen Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Diesem Umstand muss vermehrt Rechnung getragen werden. Schwer tut sich die Fraktion mit der im Postulat formulierten Forderung nach einer Finanzierung durch den Staat. Eigentlich – Stefan Meyer hat es bereits erwähnt – handelt es sich um eine Aufgabe der Universität, im Rahmen ihres Globalbudgets zu überlegen, wo sie Prioritäten setzen möchte. Ein weiterer Grund ist ebenfalls die aktuell wieder zur Debatte stehenden Unifinanzierung aufgrund des Finanzhaushalts des Kantons Basel-Landschaft. Die FDP-Fraktion wird uneinheitlich abstimmen. Ein Hinweis: Es ist erstaunlich, dass plötzlich aus SP-Reihen der Wunsch nach Public Private Partnership (PPP) laut wird. Ansonsten kommen von linker Seite stets Vorbehalte, wenn es in Diskussionen darum geht, dass sich Private engagieren könnten. Hier scheint dies keine Rolle zu spielen. Die Gefahr ist, dass ein solcher Lehrstuhl mit einer PPP gegründet wird und nach deren Auslaufen muss dann der Staat einspringen, was ja sowieso besser sei.

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) betont die besondere Bedeutung der Palliative Care aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und des zunehmenden Bedürfnisses in der Bevölkerung, auch das Lebensende möglichst selbstbestimmt gestalten zu können. Immer mehr Menschen machen sich hierzu aktiv und rechtzeitig Gedanken. Ein Lehrstuhl würde diesem wichtigen Thema das nötige Gewicht verleihen und die Möglichkeit schaffen, in diesem Bereich zu forschen und sich mit anderen medizinischen Disziplinen zu vernetzen und mit anderen Fachgebieten auszutauschen. Neben medizinischen Fragen stellen sich auch ethische, soziale, psychologische und nicht zuletzt finanzielle Fragen. Der Grüne/EVP-Fraktion ist es wichtig, Voraussetzungen zu schaffen, um den akademischen Nachwuchs einer starken universitären Palliative Care adäquat fördern zu können. Weiter ist es der Fraktion besonders wichtig, dass eine gemeinsame Planung und Zusammenarbeit mit anderen Universitäten geprüft wird. Es gilt also zuerst gut zu überlegen, ob es einen eigenen Lehrstuhl braucht oder ob nicht eine Zusammenarbeit über Kantonsgrenzen hinaus angestrebt werden könnte.

Stefan Meyer hat recht, wenn er sagt, dass die Universität letztendlich selbst ihre Schwerpunkte festlegen muss. Ein Parlament kann aber immerhin einen Anstoss bei einem sehr wichtigen und noch immer unterbewerteten Thema geben. Die Grüne/EVP-Fraktion wird die Überweisung des Postulats einstimmig unterstützen.

**Patricia Doka-Bräutigam** (Die Mitte) wird auf die Wiederholung der genannten Argumente verzichten. Auch die Mitte-Fraktion anerkennt, dass Palliative Care ein immer wichtigerer Pfeiler in der Gesundheitsversorgung wird und von gesellschaftlicher Relevanz ist. Entsprechend sollte die Gewichtung in der Lehre ausgestaltet sein – auch an der Universität Basel und in welcher Form auch immer. Gleichzeitig wurde aber in der Fraktion auch die finanzielle Situation angesprochen. In der jetzigen Situation ist ein solches Anliegen heikel. Nichtsdestotrotz unterstützt die Mitte-Fraktion die Überweisung des Postulats und somit die Prüfung des Anliegens.

**Manuel Ballmer** (GLP) erklärt, die GLP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulats. Es handelt sich hierbei nicht um einen Lehrstuhl für Mittelhochdeutsch, sondern Palliative Care. Nichts gegen Mittelhochdeutsch, aber Manuel Ballmer hätte dort für allfällige Fragezeichen mehr Verständnis. Hier liegen aber die Chancen, um sogar Kosten im Gesundheitssystem zu sparen, auf der Hand. Gefühlt wurden bereits 20 Vorstösse in diesem Bereich überwiesen, deshalb erstaunt die Kritik zu diesem Vorstoss. Es wird etwas gar viel zwischen den Zeilen gelesen. Der Uni darf durchaus mitgegeben werden, dass die Politik daran interessiert ist, wenn sie sich in diesem Bereich verstärkt einsetzt. Weiter wird kritisiert, dass man an PPP denkt, obwohl das ja eigentlich im Sinne der Gegenseite ist. Aus Sicht der GLP-Fraktion spricht nichts gegen den vorliegenden Vorstoss, weshalb sie die Überweisung einstimmig unterstützen wird.

://: Mit 52:30 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

---